

Anhaltender Vertrauensverlust

Kolumne des Präsidenten

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

für Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die von ihm geführte „Ampel-Koalition“ hätte das neue Jahr kaum schlechter beginnen können: Noch im Dezember erhobene Daten belegen nämlich, dass das Vertrauen der Deutschen in den Kanzler und dessen Regierung regelrecht zusammenbricht. Das ist für Scholz und „seine“ Minister nicht zuletzt deshalb besonders tragisch, weil sich damit das große „Wir“, die von den aktuell Regierenden immer wieder beschworene Gemeinschaft mit den Regierten, als eine einzige Luftblase erweist.



Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann

Dies ergibt sich jedenfalls aus dem sogenannten „Trendbarometer“ des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Binnen Jahresfrist ist danach das in den Kanzler gesetzte Vertrauen am stärksten eingebrochen (die diesbezügliche Zustimmungsratesank von 57 % auf 33 %). Der Wert für die Bundesregierung insgesamt sank von 56 % auf 34 %, also fast im gleichen Maße. Dieser massive Vertrauensverlust betraf im Übrigen alle Institutionen, wenn auch in teilweise unterschiedlichem Ausmaß. Als am wenigsten betroffen erwies sich dabei der

Bundespräsident (Rückgang von 75 % auf 63 %), den politischen Parteien vertraut dagegen kaum jemand mehr (Rückgang von 24 % auf nur noch 17 %).

Die Umfrageergebnisse stehen in deutlichem Widerspruch zu den Sonntagsreden, in denen deutsche Spitzenpolitiker zu Weihnachten und dem neuen Jahr wieder einmal den gesellschaftlichen Zusammenhalt beschworen. In seiner Neujahrsansprache wiederholte der Kanzler seine schon mehrfach geäußerte Vorstellung, dass man sich in

Deutschland jetzt „unterhaken“ solle, „gerade in schweren Zeiten“. Und sein Bundesland Nordrhein-Westfalen definierte dessen Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) als ein „Land der Gemeinsamkeit“. Noch deutlicher wurden die sozialdemokratischen Landesregierungschefinnen von Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz, als sie den geplagten Bürgern versprachen „wir lassen Sie nicht im Stich“ (Manuela Schwesig) und „gemeinsam können wir viel bewegen“ (Marie-Luise „Malu“ Dreyer).

Dass die Bürger, der Souverän eines demokratischen Staates, ihrer Regierung mit derartigem Misstrauen begegnen, ist nicht in Stein gemeißelt. Im Gegenteil – noch in der Spätphase ihrer Regierungszeit (also letztlich auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie) genoss die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel in den gängigen Umfragen noch Vertrauenswerte von bis zu 75 %. Ob zu Recht oder Unrecht, das spielt hier keine Rolle – festzustellen ist ganz wertfrei, dass damals offenbar noch eine breite Bevölkerungsmehrheit den Eindruck hatte, die damalige Regierung manövriere unser Land recht gut durch die Corona-Krise. Von der Ampel erwartet dies in Bezug auf die neue Krisenlage nur noch eine Minderheit!

Es ist eine Entwicklung, die sich Olaf Scholz auch persönlich anrechnen lassen muss. Die Deutschen sind es ganz offenkundig leid, von Zeit zu Zeit mit inflationär hinausposaunten und manchmal sogar moralisierenden Ausrufen abgespeist zu werden („Doppelwumms“), während gleichzeitig die Dysfunktionalität unseres Landes praktisch täglich zunimmt. Die Bürger sehen eben, dass die Aufnahmekapazitäten der Kommunen für sogenannte „Flüchtlinge“ längst erschöpft sind. Sie haben keine Schwierigkeiten, die tiefer liegenden Gründe für die Silvesterkrawalle zu benennen. Sie sind nicht bereit, sich einer verhunzten „Gendersprache“ zu unterwerfen. Sie fragen sich, mit welchem Recht die meisten deutschen Energieversorger auf die Preisausschläge des letzten Jahres bei Strom und Gas mit schnellen Preiserhöhungen reagieren durften, während sie die jetzt wieder deutlich gesunkenen Beschaffungspreise mit dem Hinweis auf länger laufenden Beschaffungsverträge nicht umgehend weiterzugeben bereit sind und der derzeitige „Wirtschaftsminister-Darsteller“ Robert Habeck

(Grüne) dies auch noch öffentlich rechtfertigt. Und sie registrieren mit großer Sorge, wie ein mit dem Versprechen solider Haushaltsführung und mäßiger Besteuerung angetretener Finanzminister (Christian Lindner von der FDP) neue „Sonder-schulden“ in zigfacher Milliardenhöhe verantworten konnte, während es um seine früheren Steuer-senkungsversprechen immer stiller wurde.

Jedes staatliche „Unterhaken“, jeder „You never walk alone“-Spruch (Olaf Scholz) muss vor diesem Hintergrund als der Versuch eines zunehmend paternalistischen Staates gesehen werden, sich mit immer mehr Entlastungs- und Unterstützungspaketen eine de facto schwindende Zustimmung zu erkaufen. Diese Absicht erkennen immer mehr Bürger und nicht zuletzt deshalb schwindet ihr Vertrauen in den Staat und dessen Institutionen. Eine Regierung, die viele Wörter produziert statt wirklich guter Politik, sollte sich nicht wundern, wenn ihr immer mehr Ablehnung und ein gravierender Vertrauensverlust entgegenschlagen. Die bayerische Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) brachte dies in kurzen und mahnenden Worten auf den Punkt: „Die Akzeptanz demokratischer Institutionen hängt unmittelbar an deren Kompetenz, Probleme zu lösen.“ Die gegenwärtige „Ampelregierung“, sollte sich deshalb lieber auf einen noch weiter anhaltenden Vertrauensverlust einstellen.

Herzlichst
Ihr

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'H. Aigner', written in a cursive style.